



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Neunzehntes Kapitel. Deutsch-russische Beziehungen 1909-1914: 2.April  
1909 bis 9.April 1914

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

## Neunzehntes Kapitel.

### Deutsch-russische Beziehungen 1909—1914.

Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 20. März/2. April 1909.

In Deutschland herrscht augenblicklich eine gehobene Stimmung, da man allgemein überzeugt ist, daß dank der Energie der deutschen Politik und ihrer unerschütterlichen Treue zum Bundesgenossen die Balkankrise eine friedliche Lösung gefunden hat.

Deutschland atmet frei auf. Österreich ist durch neue Bande der Dankbarkeit verpflichtet. Die Beziehungen zu Frankreich haben sich seit dem Abschlusse des letzten Marokkoabkommens befriedigender gestaltet, und die Möglichkeit einer Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und dem Präsidenten der Französischen Republik schwebt der deutschen Einbildungskraft vor Augen. Die Furcht vor Isolierung beginnt zu weichen. Deutschland fängt an, sich aus der schwierigen Lage zu befreien, in die es sich nach Algeciras gestellt glaubte.

Die Befriedigung ist hier um so größer, als man der Ansicht ist, daß die Stellungnahme Deutschlands während der bosnischen Krise die beste Antwort auf die Bestrebungen seiner Feinde gewesen ist, den deutschen Einfluß im Räte der europäischen Mächte zu untergraben. Um sein Prestige wiederherzustellen, hat Deutschland nicht gezögert, sich auf seiten Österreichs zu stellen mit der Bereitschaft, sich, wenn nötig, auf Waffengewalt zu stützen.

Nachdem die Gefahr beseitigt ist, versucht die offiziöse Presse diese Entschlossenheit nicht weiter zu betonen, obwohl sich in der letzten Kanzlerrede die Andeutung findet, daß Deutschland

vor dem letzten Mittel nicht zurückgeschreckt hätte, wenn seine eigenen Interessen und diejenigen Österreichs es erfordert hätten.

Die Theorie des bewaffneten Friedens ist die Grundlage der deutschen Realpolitik, und dieses Prinzip wendet Deutschland hauptsächlich England gegenüber an, wie dies die Debatten über die Flottenbauten gezeigt haben. Unter dem Schatten friedlicher Erklärungen arbeitet man ohne Unterlaß, die Seebereitschaft zu vergrößern. Diese Arbeit verfolgt jedoch bis jetzt hauptsächlich Verteidigungsziele und soll zur Erhaltung des deutschen Ansehens dienen. Die furchtbare Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes mit allen seinen Folgen einsehend, haben die verantwortlichen Führer der deutschen Politik in letzter Zeit im Grunde genommen große Zurückhaltung bewiesen, und der Versuch des Berliner Kabinetts, seine Vermittlerrolle in den Hintergrund zu rücken und die friedliche Lösung der bosnischen Krise der Initiative der russischen Politik zuzuschreiben, ist in dieser Hinsicht bedeutsam.

Allen Anzeichen nach richtet sich das Hauptstreben der deutschen Regierung darauf, die vertraulichen Beziehungen zu Rußland wiederherzustellen und gleichzeitig zu beweisen, daß Deutschland ein wichtiger Faktor der Weltpolitik ist.

**Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Iswoitsch an den russischen Botschafter in Berlin Osten-Saden vom 18. Juni/2. Juli 1909.**

Ich will Ihnen in wenigen Worten über den Eindruck berichten, den ich während der letzten Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den finnländischen Gewässern empfangen habe.

Vor allem will ich Ihnen sagen, wie sehr mich die große Veränderung in der Haltung des deutschen Monarchen überrascht hat: während der ganzen Zeit hat er es aufs sorgfältigste vermieden, sowohl mit mir als auch mit unserem Ministerpräsidenten über auswärtige Politik zu sprechen; desgleichen in den Gesprächen mit Seiner Majestät; erst im letzten Augenblicke, nach dem Abschiedsfrühstück auf der „Hohenzollern“, als unser Monarch ihn fragte, welche politische Frage ihn in diesem Augenblicke am meisten beschäftige, hat Kaiser Wilhelm ausführlich über die Bewegung gesprochen, welche die Araber des Yemen

gegen das Kalifat des Sultans ergriffen hat — was seiner Ansicht nach alle Staaten mit mohammedanischer Bevölkerung interessieren muß. Aber kein Wort über die Beziehungen zwischen England und Deutschland. Und das erstemal haben wir Kaiser Wilhelm einen Toast in französischer Sprache ablesen sehen, der vorbereitet war und beinahe den Inhalt der Ansprache unseres Monarchen wiederholte, um dessen Wortlaut man uns gebeten hatte.

Aber obwohl er sich augenscheinlich zwang, in politischen Fragen die größte Zurückhaltung zu bewahren, hat Kaiser Wilhelm seiner guten Laune und seiner Herzlichkeit freien Lauf gelassen, indem er jeden Augenblick zu beweisen suchte, daß seine persönlichen Gefühle zu unserem Monarchen sich in keiner Weise verändert hätten. Mir war übrigens von General Tatischeff gesagt worden, daß dies wahrscheinlich die Haltung Kaiser Wilhelms sein würde, da er laut in Gegenwart des Generals Baron Schön unmittelbar vor der Abfahrt aus Berlin gesagt hat: Ich bin ein konstitutioneller Souverän, Ihre Pflicht ist es, die politischen Unterredungen zu führen.

Baron Schön hat in der Tat eine lange Besprechung mit mir gehabt. Wir haben natürlich die durch Osterreich-Ungarn hervorgerufene Krise besprochen, ebenso wie die Rolle, die Deutschland dabei gespielt hat, und die Beschwerden Berlins über die Haltung der öffentlichen Meinung und Presse in Rußland.

Wie zu erwarten war, hat Schön versucht, das, was die deutsche Diplomatie die Legende eines deutschen Druckes auf Rußland nennt, zu zerstören, und er hat mich überzeugen wollen, daß im Streite zwischen uns und Osterreich Deutschland nur aus freundschaftlichen Gefühlen für uns gehandelt hat. Ohne mich in eine Polemik über diese Frage einzulassen, habe ich versucht, die Aufmerksamkeit des deutschen Ministers auf die Folgen der letzten Krise zu lenken. Wenn Europa, habe ich gesagt, am Vorabende eines allgemeinen Krieges stand, und wenn unsere traditionellen Beziehungen zu Deutschland eine zeitweilige Trübung gefunden haben, so ist ausschließlich Aehrenthal daran schuld. Solange das Wiener Kabinett den mit uns getroffenen Übereinkommen treu blieb, ging alles gut. Unglück-

licherweise hat Aehrenthal es sich in den Kopf gesetzt, die zeitweiligen Schwierigkeiten Rußlands auszunützen, um eine ehrgeizige und, ich zögere nicht es zu sagen, uns gegenüber wenig loyale Politik zu führen. Darf man daher erstaunt sein, daß die Unzufriedenheit der öffentlichen Meinung und der Presse in Rußland sich gegen Deutschland wendet, welches zweimal seine völlige Solidarität mit der österreichischen Politik erklärt und dadurch ihren Erfolg gesichert hat? Was vor allen Dingen beunruhigt, ist die Ungewißheit, ob nicht neue Überraschungen von seiten Aehrenthals zu erwarten sind. Aber jedes weitere Vordringen Oesterreichs auf dem Balkan kann einen noch schärferen Konflikt als vorigen Winter hervorrufen, und wenn die Donaumonarchie auch dieses Mal von Deutschland unterstützt wird, so wird es schwerfallen, den Frieden Europas zu erhalten.

Baron Schön hat versucht, die Haltung Deutschlands damit zu erklären, daß es einer neuen Gruppierung der Mächte in Europa gegenübersteht und daß es deshalb seine Bande zu Oesterreich-Ungarn noch enger knüpfen muß. Ich habe die Gelegenheit benützt, um ihm nochmals positive Zusicherungen hinsichtlich der Natur unseres Übereinkommens mit England zu geben, eines Übereinkommens, welches keinen allgemeinen Charakter und keine gegen Deutschland gerichtete Spitze besitzt. Ich fügte hinzu, daß man sowohl in Petersburg als auch in Paris fest überzeugt ist, daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Ententen in Allianzen umzuwandeln, eine ernste Gefahr für den Frieden bedeute, und daß deshalb Deutschland nicht das geringste Mißtrauen zu Rußland oder Frankreich zu hegen brauche. Schön versicherte mir seinerseits, daß Deutschland durchaus nicht wünsche, Oesterreich-Ungarn zu neuen Unternehmungen auf dem Balkan zu veranlassen, und daß er die persönliche Überzeugung habe, daß Aehrenthal keinen neuen abenteuerlichen Plan hege. Er sagte, mit der größten Befriedigung feststellen zu können, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland sich seit dem letzten marokkanischen Abkommen bedeutend gebessert hätten. Die einzige Wolke seien die Beziehungen zu England: in dieser Richtung sei die Atmosphäre mit Elektrizität geladen; Deutschland könne natürlich nicht zu-

lassen, daß eine ausländische Macht den Umfang seiner maritimen Rüstungen vorschreibt; aber auf die Dauer wäre die gegenwärtige Lage gefährlich, und eine freundschaftliche Lösung müsse deshalb gefunden werden.

Diese Unterredung hat beinahe zwei Stunden gedauert, ist aber aus dem Rahmen der Allgemeinheiten nicht herausgetreten, und von keiner Seite ist ein konkreter Vorschlag gemacht worden. Der kurze Bericht, der am nächsten Tage in der Presse erschienen ist, war von mir vorgeschlagen und von Baron Schön angenommen worden. Dieser hatte übrigens selbst eine ganz ähnliche Redaktion vorbereitet.

Ich will noch eine Einzelheit hinzufügen. Ohne Fragen der auswärtigen Politik zu berühren, hat Kaiser Wilhelm sehr ausführlich mit unserem Ministerpräsidenten über verschiedene ökonomische und soziale Fragen gesprochen. Er hat es versucht, die Gerüchte zu entkräften, die ihn als einen Feind der innern Politik Stotjypins und als einen Freund der russischen reaktionären Partei hinstellen. Diese Absicht tritt auch deutlich im letzten Satze seiner Ansprache hervor.

Es scheint mir, daß im großen und ganzen das Resultat der Begegnung ein sehr befriedigendes ist. Ich glaube, die Unzufriedenheit, die man in Berlin gegen uns empfand, ist beseitigt worden, und wir haben Europa den Beweis geliefert, daß Deutschland nach wie vor gute Beziehungen zu Rußland unterhält — dies war besonders wichtig in Anbetracht der bevorstehenden Besuche unseres Monarchen in Frankreich und England. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß die beiden Monarchen sich auf der Rückreise aus England noch einmal im Kieler Kanal treffen werden.

Hinsichtlich Persiens hat mir Baron Schön wiederholt, daß Deutschland in diesem Lande nur ökonomische Ziele verfolge und daß der deutsche Gesandte in Teheran beauftragt worden sei, sich jeder Handlung zu enthalten, die uns politische Schwierigkeiten verursachen könnte. Ich habe keinerlei Klagen gegen den Grafen Quadt und seine Untergebenen laut werden lassen und habe mich darauf beschränkt, die Zusicherungen Baron Schöns mit Befriedigung zur Kenntnis zu nehmen.

**Bericht des russischen Botschafters in Berlin Osten-Saden an den russischen Außenminister Iswolsky vom 12./25. Juni 1909. — Nr. 41.**

Ich halte es für meine Pflicht, Ihnen den vollen Text der Rede zu übersenden, die Kaiser Wilhelm Dienstag abend auf der „Deutschland“ in der Nähe von Hamburg über seine Begegnung mit dem russischen Kaiser gehalten hat. Die Worte des deutschen Monarchen sind so bedeutsam, daß alle Zeitungsartikel, die in den letzten Wochen erschienen sind, daneben erblassen. Die Ausdrücke, in denen Kaiser Wilhelm von seiner eigenen Friedensliebe und derjenigen des russischen Kaisers gesprochen hat, sind von hohen Gefühlen angeflößt. Ohne auf die Einzelheiten der jetzigen politischen Lage einzugehen, hat Kaiser Wilhelm erklärt, daß „alle Völker des Friedens bedürfen“. Deshalb werden beide Monarchen mit Gottes Hilfe an der Kräftigung und Erhaltung des Friedens arbeiten. Derartige Worte sind schon lange nicht mehr ausgesprochen worden, und das lebhafteste Interesse, mit dem sie in allen Schichten der deutschen Bevölkerung aufgenommen worden sind, ist völlig verständlich. Obwohl schon früher die Zeitungen der verschiedenen politischen Parteien ihre Befriedigung mit der letzten Kaiserzusammenkunft ausgedrückt haben, so hat sich dieses Gefühl jetzt bedeutend erhöht, und bei Beurteilung der heutigen politischen Lage macht sich ein allgemeiner Optimismus bemerkbar.

**Auszug aus einem vertraulichen Brief des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 30. Oktober/12. November 1909.**

Obwohl der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand einen ausschließlich privaten Charakter trägt, kann man doch nicht leugnen, daß die allgemeine Lage diesem Ereignis eine ernste politische Bedeutung beilegt, welche in der äußerst nervösen Stimmung Kaiser Wilhelms deutlich zum Ausdruck gekommen ist.

In der allgemeinen Entwicklung der europäischen Politik erblickt Kaiser Wilhelm gewisse Bestrebungen, Deutschland zu isolieren, und er ist immer mehr bemüht, das Bündnis mit Österreich fester zu gestalten und die Macht der habsburgischen Monarchie zu kräftigen.

.....

Jeder, der die politische Stimmung Kaiser Wilhelms bei seiner Thronbesteigung kannte, nämlich seine Entschlossenheit, das letzte Vermächtnis seines Großvaters auszuführen und die Beziehungen zu Rußland noch enger und freundschaftlicher zu gestalten, kann sich der Einsicht nicht verschließen, daß in den letzten Jahren in dieser Hinsicht eine große Veränderung mit Kaiser Wilhelm vorgegangen ist. Er scheint nicht mehr zu glauben, daß von unserer Seite der Wunsch besteht, die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland weiter zu erhalten. Trotz aller beruhigenden Erklärungen gibt er immer mehr den Bestrebungen Österreichs nach, welches das Vertrauen seines Bundesgenossen dazu benutzen will, um die innere und äußere Macht der Donaumonarchie wiederherzustellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Kaiser Wilhelm in seinem Innern noch kämpft, und dies kommt öfters in seiner Haltung General Tatischtschew und unserem Militäragenten gegenüber zum Ausdruck.

Ich halte es für meine Pflicht, Sie von obigem in Kenntnis zu setzen.

**Brief des russischen Geschäftsträgers in Berlin an den russischen Außenminister vom 5./18. März 1910.**

Obwohl die führenden Kreise Deutschlands wiederholt erklärt haben, daß die deutsche Regierung die Wiederaufnahme nachbarlicher Beziehungen zwischen Österreich und Rußland wünscht, so läßt doch die kalte Zurückhaltung Baron Schöns anlässlich der zwischen Petersburg und Wien schwebenden Verhandlungen auf einen ganz andern Standpunkt der deutschen Regierung schließen.

Den Grund hierzu muß man in jenem Argwohn suchen, den man in letzter Zeit in Deutschland zu unserer äußern Politik hegt, da man immer wieder Bestrebungen der Feinde Deutschlands, dieses zu isolieren, zu befürchten scheint.

Der Abschluß einer ganzen Reihe internationaler Vereinbarungen, an denen Deutschland nicht teilgenommen hat, zusammen mit der Befürchtung eines Konfliktes mit England, welche sich nach der russischen Annäherung an England noch

erhöht hat, haben in Deutschland dieses Mißtrauen hervorgezufen. Dies ist besonders stark nach der Zusammenkunft von Racconigi zutage getreten, da man in Deutschland der Ansicht zu sein scheint, daß wir einen seiner Bundesgenossen von ihm loslösen wollen. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Verhandlungen mit Österreich dasselbe Gefühl des Argwohnes wachrufen. Unser Bestreben, zu diesen Verhandlungen auch die andern Mächte hinzuzuziehen und auf diese Weise Österreich bis zu einem gewissen Grade von neuen Abenteuern Aehrenthals zurückzuhalten, wird in Deutschland als ein von England eingeebener Versuch unsererseits betrachtet, Österreich durch ein formales Abkommen zu binden, dadurch die Bande mit Deutschland zu lockern und dieses seines zweiten Bundesgenossen zu berauben. Dieser Gedanke findet in den Arti eln der Vossischen Zeitung und der Germania deutlichen Ausdruck, in denen der englische Botschafter in Wien beschuldigt wird, alles zu tun, um das deutsch-österreichische Bündnis zu sprengen. Auch die Reisen der Balkansouveräne nach Petersburg und Konstantinopel rufen Beunruhigung hervor. Man erblickt in der demonstrativen Zurückhaltung der bulgarischen und serbischen Minister eine gegen Österreich gerichtete Spitze und befürchtet die Bildung eines Balkanblockes unter türkischer Beteiligung.

**Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 23. Juli/5. August 1910.**

Der neue deutsche Staatssekretär ist in Berlin angekommen und hat sein Amt noch am selben Tage übernommen. Auf der Reise aus Bukarest ist Herr von Riederlen-Wächter nach Marienbad gefahren, um sich mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen zu besprechen. Die hiesige öffentliche Meinung betont die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ministern und begrüßt den Entschluß Riederlens, mit Aehrenthal persönlich Fühlung zu nehmen, ehe er die ihm anvertrauten Funktionen übernimmt. Eine ähnliche Bedeutung ist seinerzeit der Begegnung zwischen dem österreichischen Außenminister und dem Deutschen Reichskanzler beigelegt worden.

Die Verschärfung der Balkanfragen, als deren genauer Kenner Herr von Riederlen gilt, die Ankunft des türkischen Groß-

wesirs in Marienbad und die Möglichkeit einer aktiveren Politik Rußlands auf dem Balkan haben, wie man hier annimmt, persönliche Verhandlungen zwischen den beiden Ministern notwendig gemacht.

Gerüchten zufolge sind diese Verhandlungen in eine bestimmte Form gekleidet worden und lassen die Möglichkeit einer gemeinsamen Politik der beiden verbündeten Mächte auf dem Balkan voraussehen.

**Bericht des russischen Botschafters in Berlin an den russischen Außenminister vom 29. Oktober/11. November 1910. — Nr. 103<sup>1)</sup>.**

Der Besuch unseres Kaisers in Potsdam hat auf alle Kreise der hiesigen öffentlichen Meinung einen großen Eindruck gemacht. Nicht nur in Hof- und Regierungskreisen drückt man seine Freude über dieses Ereignis aus, sondern auch alle Zeitungen legen ihm historische Bedeutung bei.

Infolge der erhaltenen Weisung wurde zuerst der verwandtschaftliche Charakter des Besuches betont. Später jedoch kam eine richtigere Einschätzung dieses Ereignisses zum Ausdruck, und einige Zeitungen, wie z. B. das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung, beeilten sich, den unangenehmen Eindruck zu verwischen, den ihre unangebrachte Beurteilung russischer Verhältnisse bei uns hervorgerufen hatte. Ohne irgendeine Andeutung hinsichtlich einer bestimmten politischen Frage zu machen, spricht die Norddeutsche Allgemeine Zeitung nur von dem Einflusse, den die persönlichen Beziehungen der beiden Monarchen auf die weitere Erhaltung des Friedens haben werden.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1062.**

Ich telegraphiere nach Paris: Sie können Poincaré vertraulich von der in Aussicht genommenen Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnischen Schären Kenntnis geben. Fügen Sie hinzu, daß die Bande, die uns an Frankreich binden, zu fest sind, als daß es noch nötig

<sup>1)</sup> Die politischen Folgen der Kaiserbegegnung in Potsdam werden in Kap. IX behandelt.

wäre, darauf hinzuweisen, daß die französische Regierung oder die öffentliche Meinung die geringste Beunruhigung anlässlich dieses Ereignisses empfinden könne. Was die Vorbereitung der öffentlichen Meinung Frankreichs anbelangt, so bitte ich Sie, dieses der französischen Regierung zu übertragen, um auf die beste Art und Weise, je nach den örtlichen Verhältnissen, der Presse zu erklären, daß die in Frage kommende Zusammenkunft unsere Beziehungen zu Frankreich in keiner Weise beeinträchtigen könne.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 22. Mai/4. Juni 1912. — Nr. 1061.**

Persönlich. Da Ende Juli eine Zusammenkunft zwischen unserm Monarchen und Kaiser Wilhelm in den Finnländischen Schären stattfinden wird, so wäre es nützlich, wenn Sie Gref hiervon rechtzeitig verständigen und ihm erklären würden, daß dieses Ereignis natürlich keine Besorgnis in England hervorzurufen brauche, da wir die in den letzten Jahren mit dem Londoner Kabinett hergestellten herzlichen Beziehungen weiterzuführen fest entschlossen sind. Wenn Sie es aus örtlichen Erwägungen für notwendig halten, die öffentliche Meinung und Presse vorzubereiten, so bitte ich Sie, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Abschrift nach Paris.

**Telegramm des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 24. Juni/7. Juli 1912. — Nr. 1260.**

Ich telegraphiere nach Paris: Die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Baltischport hat einen sehr befriedigenden Verlauf genommen. Bei großer Herzlichkeit der gegenseitigen Beziehungen haben offene Erklärungen in politischen Fragen deutlich bewiesen, daß keinerlei Absicht besteht, irgendwelche Veränderung in der Gruppierung der europäischen Staaten vorzunehmen. In der Frage der Beendigung des italienisch-türkischen Krieges sind gleichfalls von deutscher Seite keinerlei Vorschläge erfolgt. Dieses zusammen mit der völlig richtigen offiziellen Veröffentlichung in der Presse ist der beste Beweis, wie recht wir hatten, als wir den Franzosen sagten, daß die von ihnen

gehegten Befürchtungen jeder Begründung entbehren. Ich bitte Sie, sich in diesem Sinne mit Poincaré auszusprechen.

**Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Botschafter in London vom 25. Juni/8. Juli 1912.**

Die Zusammenkunft der beiden Monarchen in Baltischport ist in jeder Beziehung befriedigend gewesen. In meinen Unterredungen mit Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler sind natürlich die wichtigsten politischen Fragen berührt worden, und ich habe über die Stimmung und Absichten der höheren Regierungskreise Deutschlands einen günstigen Eindruck empfangen. Sowohl der Kaiser als auch der Kanzler haben dem Wunsche Ausdruck verliehen, die traditionellen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu befestigen, da dieses nicht nur zum Wohle der beiden Länder, sondern auch zur Erhaltung des Friedens in Europa dient. Hierbei hat mir Bethmann Hollweg deutlich erklärt, daß er unter Anerkennung des Nutzens, den die bestehenden internationalen Gruppen der Erhaltung des Friedens gebracht haben, durchaus nicht bestrebt ist, irgendeine Veränderung in dieser Hinsicht hervorzurufen oder irgendeine Macht von derjenigen Gruppe loszulösen, der sie infolge der historischen Notwendigkeit beigezogen ist. Er sagte mir, daß Deutschland nur den Wunsch hegt, daß das Verhältnis der Mächte zueinander sie nicht daran hindert, gute Beziehungen auch zu den Mächten der anderen Gruppe zu unterhalten. Obwohl er also zugibt, daß die bestehenden Gruppierungen, die sich in Wirklichkeit bewährt haben, den Anforderungen der jetzigen Zeit entsprechen und deshalb keine Veränderungen nötig machen, hält Bethmann Hollweg es für wünschenswert, alles zu vermeiden, was unter Betonung der äußeren Scheidung der beiden europäischen Mächtegruppen als ein Verzicht auf jede Möglichkeit einer Umgruppierung in Zukunft ausgelegt werden kann, falls die künftigen Ereignisse eine derartige Revision der gegenwärtig bestehenden Beziehungen nötig machen sollten. Kaiser und Kanzler haben wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland des Friedens bedarf, um die außerordentlich wichtigen Resultate der zehnjährigen Entwicklung der deutschen Industrie und des allgemeinen Wohlstandes zu befestigen. Ich habe dem Kanzler

Ich  
den  
port  
inter-  
na-  
und  
Re-  
gen.  
nsche  
beiz-  
e der  
s in  
h er-  
hen-  
s ge-  
rung  
von  
schen  
land  
ander  
chten  
gibt,  
chkeit  
ehen  
mann  
unter  
schen  
Um-  
änsti-  
ehen-  
anzler  
des  
ultate  
des  
anzler

gesagt, daß ich an der Friedensliebe der deutschen Regierung nicht zweifle, jedoch wissen wolle, ob sie bereit sei, auch dort in diesem Sinne einzuwirken, wo Deutschland gegen seinen Willen in europäische Verwicklungen hineingezogen werden könnte. Im besonderen habe ich ihn gefragt, ob das Berliner Kabinett seinen Einfluß in Wien zur Geltung bringen will, um Österreich, wenn dies nötig sein sollte, von einem weiteren Vordringen auf dem Balkan zurückzuhalten. Bethmann Hollweg hat dies ohne Zögern zugesagt und darauf hingewiesen, daß er seine mir schon in Potsdam gegebenen Zusicherungen bedingungslos erneuern kann. Seinerseits hat er der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch wir, wie schon früher, die Bestrebungen der kleinen Balkanstaaten mäßigen werden, indem wir ganz besonders in Sofia zur Ruhe raten.

Hinsichtlich des italienisch-türkischen Krieges hat man von deutscher Seite, entgegen den in Paris und London vor der Zusammenkunft gehegten Befürchtungen, keinerlei Vorschläge gemacht, auf welche Weise dieser Krieg beendet werden könnte. Sich mit dem Hinweis auf den Schaden begnügend, den der deutsche Handel durch den langen Krieg erleide, hat der Kanzler mir seine Befriedigung ausgesprochen, daß wir versucht haben, mit Hilfe aller europäischen Großstaaten die beiden kriegsführenden Parteien zu veröhnen, und er hat mir versichert, daß jeder weitere Schritt unsererseits in dieser Richtung die völlige Zustimmung Deutschlands finde. Ich muß jedoch hinzufügen, daß, obwohl die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, an einem gemeinsamen Schritte zur Beendigung des Krieges teilzunehmen, ich dennoch den Eindruck gewonnen habe, daß man es in Berlin vorziehen würde, wenn der Friede infolge direkter Verhandlungen zwischen den Kriegsführenden ohne fremde Einmischung geschlossen würde. Hierbei habe ich den Kanzler darauf aufmerksam gemacht, daß die Mächte sich über das Schicksal der von Italien besetzten Inseln zu äußern haben würden, da man dieselben nach erfolgter Zurückstattung an die Türkei kaum ihrem eigenen Schicksal überlassen könne. Ich habe darauf hingewiesen, daß diese Frage unbedingt allgemeineuropäische Bedeutung hat und daß deshalb Deutschland dieses Mal sich einer gemeinsamen Beratung mit den andern Mächten nicht

entziehen kann, wie es dies bis jetzt hinsichtlich Aretas getan hat. Bethmann Hollweg hat nichts dagegen erwidert. Hierauf habe ich die Frage der deutsch-englischen Beziehungen und die von beiden Seiten unternommenen Versuche einer Besserung berührt. Nachdem er sich über Lord Haldane sehr lobend geäußert hatte, wies der Kanzler darauf hin, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern augenblicklich weniger gespannt seien, doch gab er zu, daß man in dieser Hinsicht noch viel tun müsse, um ein greifbares Resultat zu erreichen. Hinsichtlich der chinesischen Anleihe hat sich eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und uns herausgestellt. Dieser Unterschied ist die natürliche Folge unseres verschiedenen Standpunktes. Deutschland erblickt in China vor allem einen großen Markt für seine eigenen Waren und ist natürlich daran interessiert, die Kaufkraft dieses Marktes zu erhalten, und muß daher die Möglichkeit eines Zerfalls des chinesischen Reiches befürchten. Deshalb wünscht man in Berlin den Abschluß einer großen chinesischen Anleihe, welche dem Lande die Möglichkeit geben würde, aus der jetzigen schwierigen Lage herauszukommen. Rußland dagegen als Nachbarstaat, und zwar mit einer langen, nicht genügend geschützten Grenze, kann die Erstarkung dieses Nachbars nicht wünschen. Deshalb würde ein Mißerfolg der in Aussicht genommenen Anleihe uns nicht beunruhigen, und wir würden sogar dem erwähnten Zerfalle des jetzigen chinesischen Reiches gleichgültig gegenüberstehen. Ich habe dies Kaiser Wilhelm und dem Reichskanzler mit aller Deutlichkeit zu verstehen gegeben.

Was die Meerengen, die Bagdadbahn und Persien angeht, so sind diese Fragen nicht besprochen worden. Keinerlei Abkommen in irgendeiner besonderen Frage ist von uns abgeschlossen oder irgendwie in Aussicht genommen worden.

Folglich hat die Zusammenkunft in Baltischport zwar unsere Beziehungen zum Berliner Kabinett befestigt, aber gleichzeitig nichts in unsern Beziehungen zu den andern Mächten geändert, und deshalb liegt auch nicht der geringste Grund zu einer eifersüchtigen Beunruhigung in Paris und London vor.

**Brief des russischen Botschafters in Paris Iswol'sky an den russischen Außenminister Sazonow vom 5. 18. Juli 1912.**

Nachdem ich meine Kur in Contrezeville bereits begonnen hatte, habe ich sie auf ein paar Tage unterbrochen, um Poincaré zu sprechen und um Ihnen über meine Eindrücke mit dem heute abreisenden Kurier zu berichten. Leider ist der Vetter Poincarés gestern plötzlich gestorben, und ich habe den Minister nicht sehen können. Ich habe aber eine lange Unterredung mit Paléologue gehabt, der alle Einzelheiten der schwebenden politischen Fragen gut kennt und der mir folgendes mitgeteilt hat:

Die französische Regierung ist mit den in Baltischport erreichten Resultaten durchaus zufrieden. Sowohl die Mitteilungen in der Presse als auch ganz besonders die von unserem Außenminister und unserm Ministerpräsidenten dem französischen Botschafter abgegebenen Mitteilungen und Erklärungen haben die französischen Minister davon überzeugt, daß die genannte Zusammenkunft die Garantien der Erhaltung des europäischen Friedens erhöht und gleichzeitig die Beziehungen der Mächte zueinander in keiner Weise verändert. Meinerseits habe ich es für möglich gefunden, Paléologue einige Einzelheiten aus dem Briefe Sazonows vom 25. Juni mitzuteilen, wobei ich diejenigen auswählte, welche ganz besonders geeignet sind, den Optimismus der hiesigen Regierung hinsichtlich der stattgefundenen Zusammenkunft zu bestärken. Im allgemeinen habe ich den Eindruck, daß dank den rechtzeitigen Erklärungen, die dem französischen Botschafter in Petersburg und durch meine Vermittlung Poincaré gegeben worden sind, die von den französischen Ministern im Anfang gezeigte Nervosität und ihr Mißtrauen vollständig beseitigt sind und daß wir die Wiederholung jener Mißverständnisse nicht zu befürchten brauchen, die sich nach der Potsdamer Zusammenkunft fühlbar gemacht hatten. Dieses Mal ist es auch gelungen, das französische Publikum vor einer falschen Auffassung der Ereignisse zu bewahren. Dies Resultat ist durch meine energische persönliche Einwirkung auf die hauptsächlichsten französischen Zeitungen erreicht worden, wobei von seiten Poincarés ebensolche und natürlich noch wirksamere Schritte erfolgten. Diese Anstrengungen haben um so leichter zu einem

Resultate geführt, als die sofort nach der Zusammenkunft in den Zeitungen veröffentlichte Mitteilung sehr geschickt abgefaßt ist und den hiesigen Zeitungen das nötige Material für ihre Artikel geliefert hat. Sehr wichtig war auch gerade zur Zeit der Kaiserzusammenkunft die Anwesenheit des Chefs unseres Generalstabes und unseres Admiralstabes in Paris, welcher Umstand einen deutlichen Beweis der Dauerhaftigkeit des russisch-französischen Bündnisses lieferte. . . .

**Telegramm des russischen Botschafters in London Wendendorff an den russischen Außenminister Sazonow vom 15./28. Februar 1913. — Nr. 184.**

Persönlich und sehr vertraulich. Cambon teilt mir mit, daß Bethmann Hollweg seinem Bruder in privater Weise gesagt hat, die Vermehrung der deutschen Armee habe keine aggressive Bedeutung, sei aber dadurch notwendig geworden, daß das plötzliche Entstehen von sehr bedeutenden Militärstaaten auf dem Balkan dazu geführt habe, daß Österreich, vom Bündnisstandpunkte aus, nicht mehr als derselbe wichtige Faktor wie bisher betrachtet werden könne.

**Vertraulicher Bericht des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sazonow vom 1./14. März 1913.**

Mit Telegramm Nr. 37 hatte ich Ihnen über diejenigen außerordentlichen Geldopfer berichtet, welche die deutsche Regierung den privilegierten Klassen zur Verstärkung der deutschen Seeresmacht glaubt auferlegen zu müssen, ferner auch darüber, daß die geplante einmalige Besteuerung, die annähernd eine Milliarde Mark bringen soll, hier anscheinend keine ernste Unzufriedenheit hervorrufen wird.

Gestern hat der Ministerrat ein neues Gesetzprojekt über die Kriegsbedürfnisse und ihre Deckung gutgeheißen; an dem Ministerrat haben unter Vorsitz des Reichskanzlers sämtliche preußische Minister sowie die Finanzminister der Bundesstaaten teilgenommen; das Projekt gelangte sodann zur Begutachtung an entsprechende Kommissionen. Die Ergebnisse der Beurteilung sind bisher allerdings noch in strenges Geheimnis gehüllt.

Die „Kölnische Zeitung“ erklärt in einem offiziellen Telegramm aus Berlin die Unaufschiebbarkeit der außerordentlichen militärischen Maßregeln einerseits durch den Umstand, daß infolge des kriegerisch-nationalen Aufschwungs der slawischen Reiche sowie infolge der zeitweiligen Ausschaltung des politischen Einflusses der Türkei auf der Balkanhalbinsel das Kräfteverhältnis sich zugunsten des Slaventums verschoben hat, und — andererseits — durch die bedeutende numerische Verstärkung der französischen und russischen Armee. Das Gespenst oder noch eher das Auftauchen eines möglichen österreichisch-russischen Zusammenpralls hat in Rußland eine starke Bewegung zugunsten einer Verstärkung seiner militärischen Bereitschaft ausgelöst. Wenn auch die österreichisch-ungarische Armee nach wie vor volles Vertrauen verdient, so sind dafür Stärke und Macht ihrer möglichen Feinde erheblich gestiegen. In Anbetracht alles dessen ist die deutsche Regierung zu der Überzeugung gekommen, daß es ihrerseits ein unverzeihlicher Fehler wäre, nicht die ganze militärische Kraft auszunutzen, über welche sie verfügt, aber da sie in diesem Falle dem Beispiele Frankreichs folgt, so verlieren hierdurch die von der Regierung in Aussicht genommenen Heeresreformen jeden aggressiven Charakter.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, wurde bisher in Deutschland zum tatsächlichen Heeresdienst nur ein gewisser Teil der hierzu aufgerufenen jungen Leute herangezogen, die übrigen in Höhe von 50—60 000 Mann wurden der sogenannten Ersatzreserve überwiesen, wo sie sogar nicht einmal ausgebildet wurden. Jetzt sieht die Regierung vor, ohne Ausnahme alle aufgerufenen jungen Leute zum tatsächlichen Dienst heranzuziehen, wodurch sich der Heeresbestand jährlich um 50—60 000 Mann erhöht und in zwei Jahren, bei der hiesigen zweijährigen aktiven Dienstzeit, um 100 000 oder 120 000.

In einer meiner freundschaftlichen und privaten Unterhaltungen mit dem Staatssekretär habe ich nebenbei die Frage der ungeheuren und anscheinend durch nichts erklärlichen militärischen Maßregeln berührt, zu deren Deckung ein Aufwand von Hunderten von Millionen erforderlich ist.

Zagow antwortete mir, daß die jährliche Heeresvermehrung um 50 000 Mann so teuer kommen wird, daß die gewöhnlichen,

wenngleich bedeutend erhöhten Haushaltsbeträge nicht reichen würden; daher sieht sich die Regierung — ob sie will oder nicht — gezwungen, zu einer einmaligen Besteuerung der vermögenden Bevölkerungsklassen zu greifen. Der Staatssekretär fügte hinzu, daß sich eine ähnliche Maßnahme nicht wiederholen könne. Die neuen jährlichen Kredite für die Heeresbedürfnisse werden nach Jagows Worten nur 200, aber nicht 250 Millionen erfordern.

Die Notwendigkeit der Auffüllung des Heeresbestandes begründet der Staatssekretär damit, daß die gegenwärtige numerische Stärke des französischen Heeres nur wenig hinter der des deutschen Heeres zurückbleibt, sowie mit der äußerst ungünstigen geographischen Lage Deutschlands, die es zwingt, seine westliche und östliche Grenze zu schützen.

Zu den Gründen, die die deutsche Regierung um die Verstärkung ihrer Kampfraft besorgt sein lassen, muß man nach meiner Ansicht auch das hier ständig wachsende Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn zählen, das seinerseits mit der Unterstützung, die man in Berlin seiner egoistischen Politik zuteil werden läßt, schwerlich völlig zufrieden sein mag. In diesem Gedankengang bin ich mit meinem französischen Kollegen einig, der gleichfalls zu der Überzeugung neigt, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Wien mit jedem Tage kühler — ja man kann sogar sagen: gespannter werden.

In Frankreich steht man in Sachen der nationalen Verteidigung Deutschland sicherlich nicht nach; ohne aber von den Schwierigkeiten zu reden, mit denen dort die Einführung der dreijährigen Dienstzeit verknüpft war, wird eine weitere französische Heeresvermehrung mit Rücksicht auf den Menschenmangel unmöglich. Es steht außer Zweifel, daß die deutschen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch in Rußland einen ernstesten Widerhall finden werden, und zwar um so mehr, als doch bei uns das Argument des Menschenmangels zur Auffüllung unseres Heeres nicht gelten kann. Dabei erhebt sich unwillkürlich die Frage, welches die Lage Europas sein wird, das von Kopf bis zu Fuß mit einer Stahlrüstung gepanzert ist und das unter der unerträglichen Bürde der Kriegslasten stöhnt. Die Spannung wird, scheint's, solchen Umfang erreichen, daß zu guter Letzt der Krieg unvermeidlich wird. Aber wie schrecklich

in seinen Folgen der allgemeine Zusammenstoß auch sein würde, so würden nach meiner Ansicht alle Vorteile auf unserer Seite sein, besonders unter der Bedingung, daß der Bund der Balkanmächte nicht nur die gegenwärtige Krisis überlebt, sondern noch fester wird im Bewußtsein der Bedeutung, welche er in der Frage des europäischen Gleichgewichts erlangen würde, und im Bewußtsein der Kraft, welche er dem Angriff Österreich-Ungarns gegenüberstellen könnte. Und wenn es uns gelänge, Rumänien zum Anschluß an das Bündnis zu bringen, so würde das Übergewicht des Dreiverbandes über den Dreibund noch offensichtlicher werden.

Man darf nicht die Erbitterung übersehen, mit der viele deutsche Preßorgane jetzt auf Frankreich als den Schuldigen an den künftigen kriegerischen Verwickelungen hinweisen. Frankreichs neue Rüstungen werden aus seinem Haß gegen Deutschland und der mit neuer Kraft erwachten Revancheidee abgeleitet. Gewisse Zeitungen beschuldigen auch Rußland aggressiver Absichten gegen Deutschland, aber die Regierung, die all diesen Ausfällen völlig fernsteht, verurteilt sie streng in einem in der gestrigen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten hochoffiziösen Artikel, der im Ausschmitt beiliegt.

Indem ich auf die deutscherseits geplante einmalige Besteuerung der besitzenden Klassen für Heeresbedürfnisse zurückkomme, werde ich kaum fehlgehen, wenn ich sage, daß diese Art einmaliger Abgabe sich sehr nachteilig in der ganzen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Landes widerspiegeln wird. Die Entziehung einer Milliarde aus dem Nationalvermögen kann bei der gedrängten Lage des Geldmarktes leicht zu einer Störung des regelmäßigen Ganges des deutschen Wirtschaftslebens führen.

**Auszug aus einem ganz vertraulichen Berichte des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sazonow vom 27. Februar/12. März 1914.**

.....  
Nach mir aus ganz vertraulicher Quelle zugegangenen Nachrichten löst die wachsende militärische Kraft Rußlands in Berlin immer ernstere Befürchtungen aus. Nach der Ansicht

hiesiger Regierungskreise wird im Jahre 1916 die russische Belagerungsartillerie fertiggestellt sein, und von diesem Augenblicke an wird Rußland als furchtbarer Gegner auftreten, mit dem Deutschland den Kampf aufzunehmen haben wird.

Kein Wunder, daß man bei dieser Überzeugung sich in Deutschland mit allen Kräften bestrebt zeigt, für den Kriegsfall mit uns bereit zu sein, und kein Wunder, wenn man versucht, uns einzuschüchtern und damit zugleich den Verdacht abzuwehren, als ob Rußland von Deutschland gefürchtet wird. Nach meiner Überzeugung spricht trotzdem aus allen Zeilen, die in letzter Zeit gedruckt worden und den russisch-deutschen Beziehungen gewidmet sind, einzig und allein nur diese Furcht vor Rußland. Ich erlaube mir zum Schlusse die Hoffnung auszudrücken, daß man sich in Berlin hierin nicht irrt und daß wir tatsächlich alle Maßregeln zur Stärkung unserer Heeresmacht ergreifen, einer Stärkung, die Deutschland zwingen muß, weder Mittel noch Energie zu scheuen, um die vollkommene Kriegsbereitschaft Deutschlands bis zum äußersten zu treiben.

**Sehr vertraulicher Brief des russischen Botschafters in Berlin Swerbejew an den russischen Außenminister Sazonow vom 27. März 9. April 1914.**

Die unfreundliche Haltung Rußland gegenüber, die sich seit Beginn des Zwischenfalles Liman von Sanders bemerkbar machte, hat sich in letzter Zeit bedeutend gebessert. Die Presse hat ihre täglichen Angriffe gegen Rußland eingestellt, obwohl sie nie eine Gelegenheit versäumt, um ihren Lesern die eine oder andere für Rußland ungünstige Tatsache mitzuteilen, wobei der Sachverhalt wenn nicht frei erfunden, so doch wenigstens stark entstellt wird. Diese Haltung der deutschen Presse läßt die Erregung nicht erkalten, die im Laufe des Winters zutage getreten war. Die verhältnismäßige Ruhe ist jedoch, wie ich beständig aus vertrauenswürdiger Quelle höre, nur eine scheinbare und die öffentliche Meinung Deutschlands ist nach wie vor gegen Rußland stark erregt, wobei die Militärs und die preussischen Junker ihre kriegerische Stimmung nicht verheimlichen. Diese Erregung und die kriegerische Stimmung findet ihren Grund augenscheinlich in der Furcht Deutschlands vor dem An-

wachsen unserer militärischen und wirtschaftlichen Macht, wobei man glaubt, daß der jetzige Augenblick, da die von uns getroffenen militärischen Vorbereitungen noch lange nicht beendigt sind, für Deutschland der günstigste Zeitpunkt für einen Zusammenstoß mit seinem östlichen Nachbar ist; daß früher oder später ein solcher Zusammenstoß erfolgen muß, scheint man hier nicht zu bezweifeln.

In Süddeutschland macht sich diese Feindseligkeit Rußland gegenüber, wahrscheinlich unter dem Einflusse Österreichs, noch bemerkbarer, und die hier durchreisenden Landsleute haben mir schon öfters hierüber berichtet. Ich habe natürlich nicht die Möglichkeit, dies persönlich nachzuprüfen: vielleicht sind diese Erzählungen stark übertrieben, aber einen Kern von Wahrheit müssen sie enthalten, um so mehr, als die deutsche Regierung selbst, wie ich Ihnen in meinem Briefe vom 27. Februar/12. März berichtet habe, meiner festen Überzeugung nach durch die Maßregeln außerordentlich beunruhigt wird, die in Rußland zur zahlenmäßigen Entwicklung der Armee als auch zur Vergrößerung ihrer Kriegsbereitschaft getroffen werden. Es besteht außerdem kein Zweifel, daß die Erneuerung unseres Handelsvertrages im Jahre 1917, wobei für Deutschland vielleicht eine weniger günstige Konjunktur bestehen wird, das Berliner Kabinett stark beschäftigt, welches insolgedessen wahrscheinlich vorziehen würde, den bestehenden Handelsvertrag noch möglichst lange in Kraft zu lassen.

Trotzdem bin ich der Ansicht und werde in derselben durch die Informationen aus obiger geheimer Quelle bestärkt, daß das Berliner Kabinett den Standpunkt der kriegerischen Elemente Deutschlands nicht teilt, welche angeblich einen sofortigen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland hervorrufen wollen, sondern es vorzieht, ehe es den entscheidenden Schritt tut, alle friedlichen Mittel zu versuchen, um eine Versöhnung der beiderseitigen Interessen zu erzielen. Eines der hauptsächlichsten Mittel ist der Handelsvertrag, und man bereitet sich hier mit besonderer Energie und nach einem genau ausgearbeiteten Plane für die diesbezüglichen Verhandlungen vor.